

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Ercheinung wöchentlich Samstag. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,30 M. Einzelnummern die Spedition. Colonnetten für Arbeitslosengehälte 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 685. Schluss der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 25.

Duisburg, den 22. Juni 1918.

19. Jahrgang.

Metallarbeiterlöhne und gewerkschaftliche Erfolge im Industriebezirk Stolberg, Eschweiler und Düren.

In unbegreiflichem Heldentum eilen unsere Truppen draußen dem Feind entgegen. Sie sind sich bewußt, daß von Ausgang dieses Völkerringens unsere ganze wirtschaftliche Zukunft abhängig ist. Das Endergebnis des Krieges soll auch den Ausschlag geben, ob sich Deutschlands Arbeiterchaft im neuen Deutschland sicher fühlt und ob all die großen Opfer, die gerade der Arbeiterstand während der langen Kriegsdauer gebracht hat, in einer geachteten Existenz, in Anerkennung und Gleichberechtigung ihre Ernte finden. Dieses zu erreichen, hängt einzig und allein davon ab, ob der Arbeiterstand den kommenden Dingen gegenüber gerüstet ist, ob er es versteht, dem größten Feind des Arbeiterstandes zu Weibe zu rücken. Dieser große Feind ist die vorhandene Interessenslosigkeit und Gleichgültigkeit.

Dieser Feind hat gerade im Bezirk Stolberg, Eschweiler und Düren noch taufernde Anhänger. Diese Anhänger oder besser gesagt, der große Indifferentismus verschuldet auch die schlechten Lohn- und die schlechten Arbeitsverhältnisse, die noch in unserem Bezirk, wie kaum in einem anderen Bezirk Deutschlands anzutreffen sind.

Während der übergroße Teil der deutschen Metallarbeiterkraft ihre Lohnverhältnisse der sehr verteuerten Lebensweise anpassen vermag und in sehr vielen Fällen durch die Gewerkschaft ihre Löhne erhöhen konnte, finden wir in unserem Bezirk noch Lohnverhältnisse, die gegenüber den Friedenslöhnen fast gar keine Veränderung erfahren haben.

Nach genauen Vollerhebungen gestaltet sich der Lohn auf den Stolberger Zinkhütten, wie folgt:

Zinkhütte Mühlentusch:

Ofenarbeiter	Schichtlöhne		
	November 1917	April 1917	März 1918
I. Männer	5,48 M.	5,30 M.	5,99 M.
II. Männer	5,20 M.	5,30 M.	5,48 M.
III. Männer	4,48 M.	4,43 M.	4,49 M.
Stoßer	5,63 M.	6,00 M.	6,43 M.

Blendebränner 1. Männer: Sommermonate 1913 6,33 M., Januar 1917 7,39 M., März 1917 7,11 M., März 1918 7,21 M. Die Löhne der 2. Männer sind durchschnittlich 0,40 M. niedriger. Die Schichtlöhne der Blendebränner sind also an den Handböfen im März 1918 gegenüber dem Monat Januar 1917 noch um 0,18 M. gesunken. Die Schichtlöhne der Blendebränner an den Rundböfen betragen 5,70 M. Die Arbeiter sind bis auf einige alle verheiratet und die durchschnittliche Kinderzahl betrug 4,3. Das Durchschnittsalter beträgt 47,7 Jahre. In der Abteilung Schwefelsäure betrug der durchschnittliche Stundenlohn für Verheiratete 0,64 M. mit einer durchschnittlichen Kinderzahl von 2,7 und einem Durchschnittsalter von 44 Jahren. In der Abteilung Zinkwalzwerk betrug der durchschnittliche Stundenlohn im Monat Februar 1918 8,36 M. einschließlich der Kriegszulagen. Die Arbeiter sind bis auf zwei alle verheiratet und die durchschnittliche Kinderzahl betrug 3,7. In der Abteilung Fuhrpark betrug der durchschnittliche Stundenlohn für verheiratete Handwerker 0,55 M., für verheiratete Fuhrleute 0,50 M. und für ledige Fuhrleute 0,39 M. In der mechanischen Abteilung betrug der durchschnittliche Stundenlohn für Handwerker nach zweimaliger Vollerhebung 0,68 M. für Lehrlinge und Gehilfen 0,39 M. An Feuerungszulagen wird gewährt: Unverheiratete und Witwer erhalten 10 Pfg., Verheiratete ohne Kinder erhalten 60 Pfg., Verheiratete mit einem Kind 75 Pfg., steigend mit jedem Kind um 15 Pfg. bis zum Höchstvertrag von 1,50 M. pro Schicht.

Auf der Zinkhütte Birklengang

Nach bekanntmachungen der Werksleitung vom 23. Januar 1914 und vom 1. April 1918 die Zinkhüttenarbeiter im günstigsten Falle pro Schicht verdienen

In Defekt mit annehmbaren Vorlagen:

	Schmelzer		Feizer	
	I.	II. III.	I.	II.
Januar 1914	6,58 M.	5,98 M.	6,58 M.	5,96 M.
April 1918	7,43 M.	7,23 M.	7,83 M.	7,45 M.
Steigerung 1918	0,85 M.	1,27 M.	1,16 M.	

In Defekt mit festen Vorlagen:

	Schmelzer				Feizer	
	I.	II.	III.	IV.	I.	II.
Januar 1914	6,30 M.	5,46 M.	4,72 M.	4,42 M.	6,30 M.	5,96 M.
April 1918	7,05 M.	6,85 M.	6,65 M.	6,45 M.	7,45 M.	7,45 M.
Steigerung 1918	0,75 M.	1,39 M.	1,93 M.	2,03 M.	1,15 M.	

Zu diesen Steigerungen kamen dann noch die Kriegszulagen von 20 Pfg. für jedes Kind unter 14 Jahren.

In der Eschweiler Drahtfabrik

betragen die Schichtlöhne nach Angaben der Firma im Monat Dezember 1917. Drahtzieher: Grobzieher 10,05 M., Mittelzieher 10,95 M., Feinzieher 12,25 M., Handwerker:

Schlosser 8,66 M., Dreher im Tagelohn 5,91 M., Schmiede in Alförd 6,84 M., im Tagelohn 5,70 M., Maschinensteller 10,34 M., Walzwerk: Walzmeister 13,32 M., Verzinker: Arbeiter über 21 Jahre 6,77 M., Kettenfabrik: Arbeiter über 21 Jahre 6,41 M., Arbeiter von 18 bis 21 Jahren 5,27 M., Stiftefabrik: Steller 11,85 M., Feizer und Maschinisten 7,45 M., Plazarbeiter über 21 Jahre 6,06 M., Tagelöhner über 21 Jahre 5,30 M.

Im September 1917 machten die Arbeiter der Eschweiler Drahtfabrik eine allgemeine Lohnangelegenheit. Die Löhne sollen in den einzelnen Abteilungen, nachdem die Arbeiter den Schlichtungsausschuß für den vaterländischen Hilfsdienst angerufen hatten, wie angegeben auf obige Sätze erhöht worden sein. Nach dem Urteil des Schlichtungsausschusses vom 27. Februar 1918 sollten die Löhne der Handwerker, der Arbeiter in der Kettenfabrik, der Maschinisten und Feizer und der Lager- und Plazarbeiter um 60 Pfg. pro Schicht erhöht werden. Von der Firma wurde der Schlichtungsausschuß des Schlichtungsausschusses nicht anerkannt. Es ist nun aber an der Arbeiterchaft gelegen, durch Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation sich das zu erringen, was man unter den heutigen Verhältnissen als auskömmlichen Lohn bezeichnen kann.

Auf den Eschweiler-Röln Eisenwerken

Lassen die Lohnverhältnisse noch sehr viel zu wünschen übrig. Sie stehen in gar keinem Verhältnis zur teuren Lebenshaltung. Nach Vollerhebungen vom Monat Februar 1918 betragen die Schichtlöhne auf Werk Aue im Durchschnitt für Schlosser 6,57 M., für Dreher 6,80 M., im Kleinereisenwerk für Verheiratete 8,26 M., für Ledige 5,00 M. In diesen Löhnen sind die Kriegszulagen mit eingerechnet und das Werk bezahlt als Zulagen an Verheiratete 7,50 M. und für Ledige 4,50 M. monatlich. Für jedes Kind unter 14 Jahren werden pro Schicht 30 Pfg. bezahlt. Wehnlich liegen die Lohnverhältnisse in allen übrigen Abteilungen des Werkes.

Auf den Dürener Metallwerken

wurden nach Vollerhebungen vom Monat März 1918 folgende Stundenlöhne einschließlich aller Kriegszulagen bezahlt: Im Schnellwalzwerk Verheiratete 0,83 M., im Vänderwalzwerk Verheiratete 0,68 M., Ledige 0,52 M. Wehnlich liegen die Lohnverhältnisse in andern Abteilungen des Werkes. In den Jahren 1916 und 1917 verteilten die Dürener Metallwerke 25 Prozent Dividende, im Jahre 1915 20 Prozent und in den acht Jahren vorher 12 Prozent. Daraus geht hervor, daß die Gewinne des Werkes um das Doppelte gestiegen sind. Dagegen haben die Löhne nur eine geringe oder gar keine Steigerung erfahren.

Auf den Continental-Höla-Werken

in Birlesdorf bei Düren werden nach Vollerhebungen vom Monat April 1918 als Stundenlöhne bezahlt: In der Pulverabteilung Arbeiterinnen 40-50 Pfg. In der Kartonnage war der durchschnittliche Stundenlohn für Arbeiterinnen 37 Pfg. In der Gummiabteilung werden an Arbeiter Stundenlöhne von 35-70 Pfg. und an Arbeiterinnen 32-50 Pfg. bezahlt. In der Verbandabteilung an Arbeiter 49-68 Pfg. und an Arbeiterinnen 28-46 Pfg. pro Stunde.

Diese schlechten Lohnverhältnisse, die es dem Arbeiter nicht ermöglichen, sich auch nur das allergeringste zum Lebensunterhalt beschaffen zu können, Löhne, die in gar keinem Verhältnis zu den Anforderungen stehen, die heute an die Arbeitskraft des Einzelnen gestellt werden und in vielen Fällen noch unter den Friedenslöhnen stehen, beweisen am besten und recht drastisch, für wen die unorganisierte Metallarbeiterchaft die Gewerkschaftsbeiträge „geparnt“ hat. Sie beweisen aber auch, welche verheerenden Folgen Interessenslosigkeit und Gleichgültigkeit unter der Arbeiterchaft und deren Familien anrichtet. Not, Krankheit und Siechtum sind die Begleiterscheinungen, die sich infolge niedriger Löhne einstellen müssen.

Ein großer Teil der Metallarbeiterschaft unseres Bezirkes hat eingesehen, daß es unter diesen Verhältnissen nicht mehr weiter gehen kann. Es kam ihr zum Bewußtsein, daß die Frage des Durchhaltens für die Arbeiterchaft eine Frage des Einkommens, eine Frage des Lohnes sei, denn nur ein Einkommen, welches den Anforderungen, die an dasselbe gestellt werden, gerecht wird, und die Arbeiterchaft erhalten kann, mag als einigermaßen ausreichend, angesehen werden. Die Arbeiterchaft hat eingesehen, daß der Einzelne, der Meinstehende, es nicht vermag, auch nur in etwa an der Verbesserung seiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu arbeiten.

Aus dieser Erkenntnis schlossen sich im Jahre 1917 mehr wie 42 000 Kollegen und Kolleginnen dem christlichen Metallarbeiterverband an. Die Ortsverwaltung Stolberg-Eschweiler-Düren hatte allein in den letzten neun Monaten eine Zunahme von 1000 Mitgliedern. Gleich mit der Ertarlung des Verbandes konnte im Jahre 1917 und auch in diesem Jahre mit großem Erfolg an der Verbesserung der Lohnverhältnisse gearbeitet werden. Innerhalb des 2. Bezirkes des christlichen Metallarbeiterverbandes fanden im Jahre 1917 243 Lohnbewegungen statt, an denen insgesamt 18 284 Mitglieder beteiligt waren. Diese 18 284 Mitglieder erzielten an Lohn-erhöhungen 10 Million 727 240 M.

Durch sechs Lohnbewegungen, die in den ersten vier Monaten des Jahres 1918 innerhalb des Bezirkes Stolberg-Eschweiler-Düren stattfanden und an denen im ganzen 447

Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren, erzielten die Beteiligten eine Lohnhöhung von 164 990 M. im Jahr. Der christliche Metallarbeiterverband führte diese Bewegungen allein.

Diese Zahlen beweisen am besten den Wert und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen im christlichen Metallarbeiterverband. Weiter beweisen aber auch die Erfolge, was es auf sich hat mit dem Gerede der Indifferenten und Gleichgültigen, daß die Organisation doch nichts helfe. Obige Zahlen beweisen am besten den Wert des christlichen Metallarbeiterverbandes. Dieser Erfolg könnte aber verzehnacht werden, wenn auch der letzte Metallarbeiter und die letzte Metallarbeiterin sich dem christlichen Metallarbeiterverbände angeschlossen hätte.

Diese Erfolge wiegen aber auch bedeutend mehr als gelegentliche Weihnachts- und Ostergratifikationen, die letzten Endes nur Blendwerk sind für die Öffentlichkeit und für die Arbeiterchaft. Die schlechten Lohnverhältnisse beweisen aber auch, daß diejenigen, die glaubten den Gewerkschaftsbeitrag „parant“ zu müssen, nur die Geschäfte der Arbeitgeber besorgen haben. Der Metallarbeiterchaft im Stolberger, Eschweiler und Dürener Bezirk kann nur geholfen werden, wenn sie den Weg zur Organisation, den Weg zum christlichen Metallarbeiterverband findet.

Die Mitglieder dürfen deshalb in der Aufklärung und in der Agitation für den Verband nicht nachlassen, bis auch der letzte Metallarbeiter und die letzte Metallarbeiterin dem Verbandszugehörig ist. Dann wird auch die Zeit kommen, wo man unseren Bezirk nicht mehr als den rückständigsten im Lohn- und Arbeitsverhältnissen hinstellt. Unsere Parole muß lauten: Wir wollen das Angefangene fortsetzen und zur Vollendung bringen. Wir wollen alle treue Mitarbeiter des Verbandes werden und bleiben und kein gerechtes Mittel unversucht lassen, die Bestrebungen des Verbandes durchzuführen. F. Sch.

Christlich-nationale Arbeiterschaft und preussische Wahlrechtsfrage.

Zu der Entschliessung der Essener Wahlrechtskundgebung (vgl. letzte Nummer des „Zentralblatts“) bemerkt der „Vorwärts“ (Nr. 144): „Diese Forderungen sind eingerichtet auf das bisherige Vorgehen der Zentrumspartei in der Wahlrechtsfrage, sie stimmen mit diesem in wesentlichen Punkten überein.... Die Resolution spiegelt die schwierige Lage wieder, in der sich die Führer der christlichen Arbeiterverbände zurzeit befinden: Auf der einen Seite sehen sie sich gedrungen, dem Drängen der Arbeitermassen nach dem gleichen Wahlrecht Rechnung zu tragen, auf der anderen Seite wollen sie es mit den rückschrittlich gesonnenen Führern ihrer Bewegung nicht verderben, mit denen sie in Parteigemeinschaft leben.“ Diese Auffassung des „Vorwärts“, so schreibt die letzte Nr. des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften, ist weit von der Wirklichkeit entfernt. Wahr ist vielmehr, daß die Essener Entschliessung vom 26. Mai 1918 genau auf der Linie liegt, die die christlich-nationale Arbeiterbewegung seit Formulierung ihres Programms in der Wahlrechtsfrage ständig eingenommen und schon vertreten hat, bevor der Wahlrechtsstreit der letzten Monate das Parteigetriebe in einzelnen beschäftigten Direkt nach Erscheinen der Osterbotschaft, also vor dem jetzigen Streit unter den Parteien, wurde in einer vom Ausschusse des Deutschen Arbeiterkongresses ebenfalls in Essen veranstalteten Kundgebung programmatisch ausgesprochen: „Die bedeutendsten Grundfragen des Staates können nicht durch einfache Mehrheiten entschieden werden. Wir haben in der Gewerkschaftsbewegung vorgeesehen, daß zur Beschließung großer Streiks eine Zweidrittel- oder Dreidrittelmehrheit notwendig ist. Was man in frei gewählten Organisationen eingeführt, kann man letzten Endes gegenüber einer Zwangsorganisation, wie sie der Staat darstellt, nicht herbeizwingen. Wir wollen keine einseitige Majorisierungspolitik in grundlegenden staatspolitischen Fragen. Was wir wollen, ist, daß alle Schichten ihrer Bedeutung entsprechend zur staatlichen Mitarbeit und damit zur Verantwortung am Staatsganzen herangezogen werden.“

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung betätigt auf diesen Gebieten ein Eigenleben, das von den Anschauungen im sozialdemokratischen Lager nicht selten weit abwegig ist. Sie kann sich nicht zu der sozialdemokratischen Auffassung aufschwingen, daß einseitige Parlaments- und Mehrheitsherrschschaft für Deutschland die zweckmäßigste Regierungsform sei. Diese Auffassung resultiert nicht erst von gestern, hat mit der Zentrumspartei gar nichts zu tun, und ist am 26. Mai 1918 in Essen lediglich erneut und zusammenfassend ausgesprochen worden. In der Frage, ob Ein- oder Zweikammersystem, und über die Verteilung der politischen Macht zwischen Erste und Zweite Kammer einerseits und zwischen Krone, Regierung und Parlament andererseits bestehen zwischen sozialdemokratischer Auffassung und jener im christlich-nationalen Arbeiterlager weitgehende Abweichungen. Diese beiderseitigen politischen Grundanschauungen können kaum überbrückt, noch sollen sie aus Anlaß des gegenwärtigen Wahlrechtsstreits verwickelt werden.

Das ist die eine Seite des Bildes. Worin aber die christlich-nationale Arbeiterbewegung mit der Sozialdemokratie einig geht...

Es ist dringend zu wünschen, daß die Kollegen in den Parlamenten dieses beachten und auf die Stellungnahme der Gesamtbewegung Rücksicht nehmen.

Nochmals die staatlichen Militärbetriebe.

„Viele Leute kommen trotz aller Kriegserfahrungen aus ihren alten Anschauungen nicht heraus.“ Dieser von der Militärarbeiter-Zeitung unlängst niedergelegenen Ansicht kann man zustimmen.

Die geschichtliche Entwicklung unserer Bewegung hat besonders in jüngeren Jahren dem Fabrikarbeiter-Verbande den Charakter einer Universal-Organisation für die verschiedensten Berufe gegeben.

Der Militärarbeiter-Verband beansprucht für sich die militärischen Betriebe als Organisationsgebiet und stützt sich hauptsächlich auf jene Arbeiter, die demütlich als häusliche Arbeiter tätig sind in den staatlichen Betrieben.

ein bedeutendes Interesse, sich einen Stamm tüchtiger älterer Arbeiter zu halten und zu sichern. Andere Verhältnisse liegen hier lediglich für das Verkehrspersonal vor.

Besüglich der Umzugsunterstützung war z. B. unter den staatlichen Hüttenarbeitern früher die Notiz verbreitet, daß diese Unterstützung für sie nicht in Frage käme.

Besentliche Reibungen zwischen den Mitgliedschaften beider Verbände ergaben sich erst dann, als von der anderen Seite an unsere Kollegen und Kolleginnen herangetreten wurde, mit der Forderung, sich zum anderen Verband überschreiben zu lassen.

Wie rufen wir am besten für die gewaltigen Forderungen nach dem Kriege, wie bringen wir unsere finanziellen Einrichtungen mit dem gesunkenen Geldwert im Einklang?

„Wären sie nicht organisiert, so hätten sie diese Löhne nicht“

Dieses Urteil vor dem Schlichtungsausschuß in Eibenburg fällt nicht ein Gewerkschafter, sondern das jagte der Vertreter der Hütte Gute Hoffmann

Der unorganisierte Schlosser G. hatte in Eibenburg einen Stundenlohn von 88 Pfg. in Köln dagegen konnte er 1 Mark erhalten.

Ein Arbeitgeberbesitzer machte der Hütte den Vorschlag, dem Beschäftigten 1 Mark Stundenlohn zu geben. Der Vertreter der Hütte lehnte das mit größter Energie ab, da doch auch die Vorarbeiter nur 95 Pfg. bekämen.

„Das ist gar kein Vergleich, meine Herren. Die Arbeiter sind organisiert und haben dadurch ihre Tarife mit den höheren Löhnen,

unsere Schlosser sind nicht organisiert, und könnten darum auch solche Löhne nicht haben.“

Korrespondent: „Organisiert oder nicht organisiert hat doch damit nichts zu tun.“

Vertreter der Hütte: „Jawohl, wären die Arbeiter nicht so organisiert, hätten sie auch diese Löhne nicht.“

Also weil die Schlosser des Hüttenwerkes nicht genügend organisiert waren, weil sie den Wert der Organisation nicht genügend erkannten, deshalb haben sie den geringen Lohn.

So sprechen Unternehmer! Kolleginnen und Kollegen, merkt es Euch!

In dieser Zeit schreibt die Militärarbeiter-Zeitung von hohen Beiträgen und verteidigt den Egoismus. Im Zeitalter der schmerzlichen Einsprüche soll es unter den gewerkschaftlichen Organisationen nur einen Wettbewerb geben und zwar den um die bestmögliche Rüstung für die großen Kämpfe der kommenden Zeit.

Zeit bereitet ist die Ansicht, es warte eine Organisation die sich nur auf häusliche Arbeiter möglichst beschränkt und deshalb keine Arbeitslosenunterstützung einfordert hat.

Bei den Rechnungen persönlicher Verbindlichkeiten bemerkt man mir unbetonten Kritiker der Militärarbeiter-Zeitung nicht zu folgen. Nicht um eine persönliche, sondern um eine soziale Angelegenheit geht es in dieser Frage.

Aus dem Jahresbericht der Krupp'schen Betriebskrankenkasse für das Jahr 1917

Die Anfang des Krieges gehegte Vorstellung, daß der Krieg einen sehr ungünstigen Einfluß auf die Krankenkassen ausüben würde, aus welcher Voraussetzung auch die Notgedrungen vom 4. August 1914 zum Schutze der Krankenkassen entstanden, hat sich in den ersten Kriegsjahren 1914 und 1915 bei den Kassen im allgemeinen nicht erfüllt.

Drei Tatsachen fallen bei einem Blick in den Jahresbericht der Kasse vom Jahre 1917 in die Augen, die die Verhältnisse bei der Kasse als überaus ungünstig erscheinen lassen: 1. ein großes finanzielles Defizit, 2. eine Steigerung der Krankheitsziffer und 3. erhebliche Steigerung der Sterblichkeitsziffer.

Die Mitgliederbewegung der Krupp'schen Betriebskrankenkasse, die zugleich einen interessanten Einblick in die Beschäftigungsverhältnisse bei der Firma Krupp gibt, hat seit Kriegsausbruch um fast das Dreifache vermehrt. Am 1. August 1914 betrug der Mitgliederbestand 38 121, davon 1241 weibliche; am 31. Dezember 1917 betrug der Mitgliederbestand 106 066, davon 22 470 weibliche Mitglieder.

Der durchschnittliche Beitrag pro Mitglied und Jahr stellte sich im Berichtsjahr und den Vorjahren wie folgt: 1912: 62,03 Mk., 1913: 61,37 Mk., 1914: 69,89 Mk., 1915: 70,81 Mk., 1916: 69,11 Mk., 1917: 70,47 Mk.

Die Kasse erhebt seit 1912 die gleichen Beiträge von 4,5 Prozent des Grundlohnes. Die Steigerung des durchschnittlichen Beitrages im Jahre 1914 gegen 1913 ist auf die Erhöhung des für die Beiträge und die Leistungen maßgebenden Grundlohnes von 5 auf 6 Mark zurückzuführen.

Während das finanzielle Ergebnis in den Vorjahren durchweg gut war hatte die Kasse im Berichtsjahr ein erhebliches Defizit von rund 1 Million Mark zu verzeichnen. Der Kassenabschluss zeigte im Berichtsjahr und den Vorjahren im Endergebnis folgendes Bild:

Table with 2 columns: Year and Amount. 1912 ein Ueberschuß von 172 624 Mark, 1913 ein Ueberschuß von 246 203 Mark, 1914 ein Ueberschuß von 499 761 Mark, 1915 ein Ueberschuß von 1 213 083 Mark, 1916 ein Ueberschuß von 124 945 Mark, 1917 ein Defizit von 975 628 Mark.

Während also noch Ende 1915 ein Ueberschuß von 1,5 Mill. zu verzeichnen war, zeigte der Kassenabschluss 1917 ein Defizit von fast einer Million. Ein Zeichen, wie ungeheuer stark die Krankheitsziffern während des Krieges gestiegen sind.

Von den Angehörigen der Krupp'schen Betriebskrankenkassen waren krank oder arbeitsunfähig von

Table with 3 columns: 100 Mitgliedern insgesamt, 100 männlichen Mitgliedern, 100 weiblichen Mitgliedern. 1913: 63,04, 62,59, 41,68; 1914: 61,01, 62,31, 76,60; 1915: 63,31, 63,04, 118,73; 1916: 74,48, 75,06, 112,99.

Die durchschnittliche Dauer eines Krankheitsfalles betrug bei

Table with 3 columns: allen Mitgliedern, männlichen Mitgliedern, weiblichen Mitgliedern. 1913: 18,33, 17,49, 14,8; 1914: 17,49, 15,18, 20,52; 1915: 14,8, 20,52, 18,11; 1916: 18,2, 19,07; 1917: 18,75, 19,07.

Im Durchschnitt entfielen somit Krankheitsstage auf den Kopf des Mitgliedes:

Table with 3 columns: überhaupt, pro männl. Mitglied, pro weibl. Mitglied. 1913: 11,6, 9,46, 9,20; 1914: 10,83, 12,93, 15,98; 1915: 9,44, 14,43; 1916: 13,56; 1917: 15,33.

Diese Krankheitsziffern müssen als überaus ungünstig bezeichnet werden und gehen beträchtlich über die von anderen Krankenkassen (auch Betriebskrankenkassen) bekannt gewordenen Zahlen hinaus.

Der Bericht der Krankenkasse sagt zu den ungünstigen Krankheitsverhältnissen folgendes:

Die knappe Ernährung bei anhaltender Anspannung aller Kräfte, die Beschäftigung zahlreicher, wegen Krieges oder gesundheitlicher Schäden aus dem Heeresdienst entlassener Personen und vieler gesundheitlich minderwertiger Hilfsdienstpflichtiger, insbesondere die weitere starke Zunahme der Fremdbeschäftigung sowie die sehr mangelhafte Ernährung haben die Zahl der Erkrankungsfälle erheblich gesteigert.

